

13 „Absinkende Berufsfreude“

Schelskys langer Abschied von seinem Reformprojekt

Nur wenige Wochen nach der Eröffnung der Universität im November 1969 zog sich Helmut Schelsky am 21. Januar 1970 aus der Fakultätsarbeit zurück. Am 14. April 1971 folgte dann der vollständige Rücktritt von allen Ämtern. Überraschend war, dass er auch vom Direktorenposten des Zentrums für interdisziplinäre Forschung, dem Schelsky eine zentrale Rolle in der Universitätskonzeption beimaß, zurücktrat. Offiziell hieß es in der Rücktrittserklärung, dass die vorgesehenen Reformbestrebungen, vor allem im Bereich der Forschung, nicht durchführbar gewesen seien, weil sich die neue Universität „durch gruppenhafte Binnenausesetzungen lähmt“. Schelsky verlor zunehmend die Geduld, die Konzeption der Universität, in der Folge der „68er“ mitunter als „Eliteuniversität“ angegriffen, zu begründen und zu verteidigen. Dabei war er zu Kompromissen kaum noch bereit. Warum er trotzdem 1970 die Professur antrat und sich dann schrittweise aus der Gremienarbeit zurückzog, bleibt allerdings fraglich. Helmut Schelsky verlor in seiner Fakultät, aber auch in der gesamten Universität deutlich an Autorität. Das Magazin für Bildung, Wissenschaft und Politik resümierte 1971: „Schelskys Wort ist nicht mehr ein heilig Wort. Der Soziologe Schelsky, der nahezu allen Hochschulpolitikern, besonders aber den Studenten, immer wieder vorwarf, ihre Modelle fern jeder Erfahrung und Empirie in ideologischen Sphären zu entwickeln, dieser Soziologe geriet als Hochschulpolitiker immer mehr zum Ideologen seiner selbst.“ Nachdem er seine Konzeption einer neuen Universität in wesentlichen Teilen nicht mehr durchsetzen konnte, resignierte er und trat von allen Ämtern und Verantwortlichkeiten zurück. In „absinkender Berufsfreude“ (Lübbe) und nach einer weiteren Rüge der Fakultät für seine Nichtbeteiligung an der Selbstverwaltung ließ sich Schelsky am 23. Oktober 1973 unter Mitnahme seines Lehrstuhls an die Universität Münster zurückversetzen, ein Novum in der deutschen Hochschulgeschichte. Dass nicht nur „Bielefelder“ Gründe für diesen Schritt verantwortlich waren, vermutete zumindest der Spiegel. Schelsky, dem die ganze politische Linie in der Bundesrepublik der „Nach-68er“-Zeit nicht gepasst habe, habe sich als „Refugium gegen die Übermacht“ einer sich ihm entfremdenden Umwelt mit seinem Wechsel nach Münster ins Private zurückgezogen. ■

Das Ende eines hoffnungsvollen Versuchs

Zum Verzicht Schelskys auf alle Universitätsämter in Bielefeld / Von Günther Gillesen

Grotemeyer: Rücktritt Schelskys ist nicht das Ende der Reformen

„Person und Institution unabhängig voneinander sehen“ – Bald neuer Direktor

Schelsky ist endgültig gegangen

„Kollegen-Rüge“ als Sprungbrett genutzt

„Fakultätsrüge“ gab ihm den Rest

Herrschaft der Gruppen lähmt die Wissenschaft

Resignierte Schelsky?

Als Direktor des Zentrums für interdisziplinäre Forschung zurückgetreten

Nächste Seite: Helmut Schelsky und Eberhard Freiherr von Medem bei der Schlüsselübergabe für das Aufbau- und Verfügungszentrum am 1. Dezember 1969. Schon hier ist Helmut Schelsky nicht mehr Protagonist, sondern stiller Zuschauer, der als „normaler“ Professor den „offiziellen“ Amtsinhabern den offiziellen Akt überlässt.

Die Reaktion der Presse auf Schelskys Abschied aus Bielefeld war sehr unterschiedlich. Neben der Resignation und dem Scheitern eines „hoffnungsvollen Versuchs“ wurde vor allem Schelskys Kritik an der Herrschaft der Gruppen aufgegriffen. Es gab aber auch kritischere Töne, die seinen Rückzug als Endpunkt eines Abschieds auf Raten verstanden. Schelsky habe nur auf eine Möglichkeit gewartet endgültig gehen zu können und die Rüge durch die Fakultätskonferenz sei diese Möglichkeit gewesen. Wissenschaftsminister Johannes Rau sagte „Trotz Schelsky-Rücktritt Ja zur Reform-Uni Bielefeld“ und aus der jungen Universität selbst betonte Rektor Karl Peter Grotemeyer, dass der Rücktritt Schelskys nicht das Ende der Bielefelder Reformen bedeute.

Foto: Preker/Universitätsarchiv Bielefeld.



Chronik eines „langen Abschieds“

20.8.1966:

In einem Brief an Mikat äußert er die Vorstellung sich aus dem Gründungsausschuss zurückzuziehen, da er alles, was er für die Universitätsgründung hätte tun können, schon getan habe. Zudem kündigt er an, dass er nicht bereit sei den Gründungsausschuss-Vorsitz zu übernehmen.

15.7.1967:

Die Presse verkündet, dass Schelsky nicht Vorsitzender des Gründungsausschusses werde, weil dies seinem neuen Amt als Vorsitzender des Planungsbeirates, das ihn zur Neutralität verpflichtete, widersprechen würde.

April 1969:

Schelsky beabsichtigt den Ruf nach Bielefeld abzulehnen und um Entlassung aus allen Ämtern, die mit seiner bisherigen Arbeit in Bielefeld zusammenhängen, zu bitten. Verantwortlich für seinen Schritt seien neben persönlichen Gründen ein Übermaß an Planungs- und Verwaltungsarbeiten, die ihn nicht mehr zu geregelter wissenschaftlicher Arbeit habe kommen lassen. Nach intensiven Gesprächen zwischen Mitgliedern des Gründungsausschusses und Schelsky revidiert er aber seine Absicht.

1969:

Schelsky veröffentlicht die Publikation „Abschied von der Hochschulpolitik. Die Universität im Fadenkreuz des Versagens“.

21.1.1970:

Rückzug aus der Fakultätsarbeit in der Fakultät für Soziologie.

1970:

Nachtrag zu „Einsamkeit und Freiheit“: „Das Ende der Humboldtschen Universität. Weder Einsamkeit noch Freiheit“.

14.4.1971:

Schelskys Rücktritt von allen Ämtern des Zentrums für interdisziplinäre Forschung und der Universität. Begründung: „Ich habe zunehmend die Überzeugung gewonnen, dass der Aufbau der Universität Bielefeld die bei ihrer Gründung gesetzten Reformziele [...] nicht verwirklichen wird und kann, sondern dass sich auch diese neue Universität, wie so viele Neugründungen, durch gruppenhafte Binnenauseinandersetzungen lähmt.“

23.10.1973:

Schelsky verlässt die Universität Bielefeld und kehrt, unter Mitnahme seines Lehrstuhls, zur Universität Münster zurück.



Oben: Helmut Schelsky (ganz rechts) zusammen mit Professorenkollegen (einem offenbar weniger interessierten Niklas Luhmann neben Schelsky), Mittelbauvertretern (im Vordergrund rechts Otthein Rammstedt) und Studenten während der Fakultätskonferenz der Fakultät für Soziologie am 17. November 1969. Wenige Wochen später entzog sich Schelsky der Fakultätsgremienarbeit.

Foto: Preker/Universitätsarchiv Bielefeld.



Der Rücktritt Helmut Schelskys von allen seinen hochschulpolitischen Ämtern - Mitglied im Gründungsausschuß und im Senat der Universität Bielefeld sowie Leiter des Zentralinstituts für Interdisziplinäre Forschung - kam nicht überraschend: das erklärte Rektor Grottemeyer kurz nach Bekanntwerden der Schelskyschen Abdankung am 15. April. Grottemeyer hat Recht. Schelsky, den man wohl ohne Übertreibung als „Vater“ der Bielefelder Universitätskonzeption betrachten kann, hatte sich schon seit Beginn des Lehrbetriebs in Ostwestfalen kaum noch an Sitzungen der Selbstverwaltungsgremien beteiligt. In Fakultätskonferenzen war er selten anwesend und wenn er einmal da war, so blieb er meist nicht lang. Diese Zurückhaltung hatte sicherlich auch gesundheitliche Gründe, Schelsky wollte - so nahm man damals an - sich konzentriert seinem Lieblingskind widmen, dem Zentrum für Interdisziplinäre Forschung. Dieses Institut sollte seine Begegnungsstätte auswärtiger und Bielefelder Wissenschaftler werden und konkrete Forschungsprojekte interdisziplinär bearbeiten.

Nun hat Schelsky jedoch auch die Leitung dieses Instituts aufgegeben und dieser Rücktritt überrascht doch ein wenig. Denn jetzt könnte der weitere Aufbau des Instituts gefährdet werden. Überwiegend Schelskys Einfluss und Reputation war es zu verdanken, daß die nordrhein-westfälische Landesregierung das Geld für das ehrgeizige Projekt zur Verfügung stellte. Nun werden mit Sicherheit wieder Versuche beginnen, daß Zentralinstitut doch noch umzufunktionieren: Teile des Wissenschaftsrates und der Bund-Länder-Kommission würden es lieber sehen, wenn dort für die nächsten Jahre erst einmal Lehrerbildung betrieben würde. Damit allerdings würde sich an einer Stelle die Befürchtung Schelskys bestätigen, daß die Forschung aus der Universität ausziehe. Nur - Schelsky hat dann diesen Auszug zumindest mit beschleunigt. Offiziell spricht er in seinem Rücktrittsschreiben an den Rektor davon, daß in Bielefeld vorgesehene Reformbestrebungen nicht durchführbar seien, vor allem im Bereich der Forschung, da durch „gruppenhafte Auseinandersetzungen alles gelähmt“ werde. Bei seiner sehr vereinfachenden Kritik an den „gruppenhaften“ Konflikten übersah er jedoch, daß es auch in Bielefeld nicht nur Blöcke gibt, sondern daß ebenso innerhalb der Gruppierungen Meinungsverschiedenheiten

bestehen und es immer wieder zu Konflikten über die Gruppen hinweg gekommen ist. Zudem war es gerade an seinem Institut in den letzten neun Monaten ausgesprochen ruhig, es wurde vollständig aus den Gruppenkämpfen herausgehalten. Jetzt - zum Zeitpunkt seines Rücktritts - waren alle organisatorischen und baulichen Voraussetzungen geschaffen, um endlich mit der inhaltlichen Arbeit beginnen zu können.

Dem Rücktritt Schelskys müssen also andere Motive zugrundeliegen als die offiziell verlautbaren. Schelsky hat seit 1965, als er vom NRW-Kultusminister mit der Planung einer Universität in Ostwestfalen beauftragt worden war, eine Konzeption von einer „Elite-Universität“ entwickelt, bei der naturgemäß viele Punkte nur Denksätze sein konnten. Trotzdem geriet dieses Konzept nach und nach zu einer Ideologie, deren Überprüfung durch Erfahrungstatsachen Schelsky nicht gestatten wollte. Er mußte seine Vorstellungen immer wieder wechselnden Personen immer wieder neu begründen und dabei stellen sich natürlich Ermüdungserscheinungen ein. Schelsky wandte sich immer schärfer gegen eine studentische Mitbestimmung, zuletzt noch im März als er im Verein mit anderen Hochschullehrern eine Berufung des linken Psychologie-Professors Holzkamp (FU-Berlin) gegen den Willen der Studenten verhinderte. Die Berufungskommission seiner Fakultät - zusammengesetzt aus Hochschullehrern, Assistenten und Studenten - hatte Holzkamp an die erste Stelle der Berufungsliste gesetzt; die Fakultätskonferenz allerdings, die das letzte Wort zu sprechen hatte und in der nur Hochschullehrer sitzen, rückte ihn nicht zuletzt auf Schelskys Initiative hin auf Platz 2. Die anschließenden scharfen Auseinandersetzungen waren dann wohl das auslösende Moment für seinen Rücktritt.

Zudem verlor im Laufe des Aufbaus der Universität der Name „Schelsky“ allmählich seine unbedingte Autorität: Schelskys Wort ist nicht mehr ein heilig Wort. Der Soziologe Schelsky, der nahezu allen Hochschulpolitikern, besonders aber den Studenten, immer wieder vorwarf, ihre Modelle fern jeder Erfahrung und Empirie in ideologischen Sphären zu entwickeln, dieser Soziologe geriet als Hochschulpolitiker immer mehr zum Ideologen seiner selbst: er konnte sein Konzept nicht mehr einhundertprozentig durchsetzen und so resignierte er: sein Rücktritt ist Konsequenz seines schon 1969 angekündigten Abschieds von der Hochschulpolitik; damals beklagte er in einem Buch unter diesem Titel *, daß der „Umbau der Hochschulen mehr und mehr ideologisch und emotional“ geschehe. Schelskys letzter Schritt scheint diese These zu bestätigen.

Hendrik Bussiek

* Schelsky, Helmut, Abschied von der Hochschulpolitik, Bielefeld 1969.

Quelle: Input. Das Magazin für Bildung, Wissenschaft + Politik, 4. Jg., Heft 3/71.



„Fakultätsrüge“ gab ihm den Rest

Herrschaft der Gruppen lähmt die Wissenschaft

Prof. Schelsky zu seinem Weggang nach Münster

Bielefeld (WB). Der international bekannte Soziologe Professor Dr. Helmut Schelsky, der seit Beginn des Jahres 1970 ordentlicher Professor an der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld war und die ursprüngliche Konzeption dieser Universität wesentlich bestimmt hat, nahm seine Vorlesung über „Autonomie und Integrität der Person in der Rechtssoziologie“ im Aufbau- und Verfügungszentrum der Bielefelder Universität zum An-



Helmut Schelsky rechnet ab. Nichtachtung der Person treibt ihn von der Bielefelder Universität fort.

laß, die Motive seines Weggangs nach Münster darzulegen.

Eine „Rüge“ der soziologischen Fakultät, er komme seinen Pflichten in der Selbstverwaltung der Hochschule nicht mehr nach, hatte dem Gelehrten den Rest gegeben. Nachdem er bereits früher von seinen Ämtern als Direktor des Zentrums für interdisziplinäre Forschung (ZiF), als Mitglied im Gründungsausschuß und Senat der Universität

zurückgetreten war, blieb ihm nur noch der Lehrstuhl, wenn man davon absieht, daß Schelsky seine Gedanken über die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland und die Gefährdung der Freiheit des Einzelnen durch Gruppen und Kollektive mehrfach in Publikationsorganen niederlegte und zuletzt auf dem Parteitag der CSU in München auf sich aufmerksam machte.

Bereits damals — bei seinem Rücktritt als ZiF-Direktor — ließ er in Erklärungen seine Gründe anklagen: Schelsky fühlte sich bei der Verfolgung der Reformziele der Universität gelähmt, gelähmt durch „gruppenhafte Binnenausschließungen“, die er „in pessimistischer Beurteilung der nächsten Entwicklung der Universität“ glaubte feststellen zu können. Insbesondere die Reform und Intensivierung der wissenschaftlichen Forschung seien nicht mehr zu verwirklichen. Insofern unterscheide sich Bielefeld nicht von den anderen Universitätsneugründungen. Dem widersprach die Universität heftig und wollte Schelskys Ausscheiden aus den Ämtern nur auf gesundheitliche Gründe zurückführen. Das Bestreben Schelskys, ganz aus Bielefeld wegzugehen, zeigte aber deutlich, daß Schelsky es leid war, sich seine letzten Jahre als Lehrstuhlinhaber (er ist inzwischen 61 Jahre) von Systemveränderern an der Bielefelder Hochschule, besonders der Soziologie-Fakultät, auf die Dauer völlig verderben zu lassen.

Er hatte den Mut, durch die Bitte um Versetzung dem Kesseltreiben gegen seine Person ein Ende zu bereiten. Und er beklagte: „Warum haben die andern diesen Mut nicht gehabt?“ Freilich weiß er, daß solche Schritte nicht „universal klappen“. Nicht er hat nun den Ärger, sondern die Universität, weil die Umsetzungsmaßnahme mit einer Verlagerung des Lehrstuhls verbunden war. Die „Autonomie“ der Hochschule werde bedroht, bedauerte die Universität Bielefeld — diesem Schritt fehle jegliche rechtliche Grundlage, hieß es.

„Majorisierte Rechtsverweigerung“

Sein Schritt liegt nach Schelskys gestrigen Darlegungen im System der Bielefelder Hochschule begründet, gerade in der „Autonomie“, die zur „Gruppenherrschaft“ geworden sei. Die gruppenhaft institutionalisierten Formen in den Gremien bis hinauf zum Senat und Rektorat träten autoritär auf und setzten die Rechte der Person herab, indem sie dieser die Rechte verweigern. Die Autonomie, die früher, ursprünglich, auf die Person bezogen war, hat sich in ihr Gegenteil verkehrt, äußert sich in „majorisierter Rechtsverweigerung“, emotional-egoistisch. Die vorhandenen Rechte kommen nicht mehr zur Anwendung, die „gesinnungshafte Integrität der Person“ ist aufgehoben. Dies habe nicht nur ihn, sondern andere ebenso, sogar deutlicher betroffen.

Professor Schelsky gab noch einmal ein Resümee der Vorgänge um die von der Fakultät ausgesprochene „Rüge“. Der Beschluß habe gar nicht im Programm gestanden. Merkwürdige Dinge passierten. Psychischer Druck wurde ausgeübt. Die Universität habe sich nach dem Prinzip der „staatsfreien Kollektiv-

autonomie“ verhalten. Der einzelne fühle sich in einer so verstandenen Hochschule nicht mehr für das Ganze verantwortlich. Geld wird sinnlos verschleudert (ein Assistent zu Schelsky: „Ist doch nicht Ihr Geld!“), weil die Mehrheit es so will. Früher habe der Lehrende und Lernende mehr Freiheit gehabt als in der heutigen Demokratie auf Grund falscher Hochschulgesetze, die die Wissenschaft zerstörten, die die Wissenschaft absorbierten. Die Vorbedingungen für geistige Produktion fielen Schritt für Schritt weg.

Der Wissenschaftsminister habe, indem er ihn nach Münster versetzte, das Prinzip der Autonomie der Wissenschaft besser gewahrt als die Universität, sagte Prof. Schelsky. „Ich scheid mit gewisser Erleichterung. Ich empfinde meinen Weggang als geistige Befreiung, obwohl ich in den Bielefelder Jahren viele Freunde gefunden habe. Die sechs Jahre Aufbau und Planung haben objektiv einiges gebracht.“ Professor Schelsky möchte sie auf keinen Fall missen, trotz zweijährigen Ärgers.

JÜRGEN SCHMIDT

Links: Schelsky erklärte in seiner Abschlussvorlesung, warum er sich entschlossen habe nach Münster zu gehen. Die Rüge der soziologischen Fakultät, die ihm erteilt wurde, weil er seinen Pflichten der Selbstverwaltung in der Hochschule nicht mehr nachgekommen sei und die Angst vor der Gefährdung der Freiheit des Einzelnen durch Gruppen und Kollektive seien die entscheidenden Punkte gewesen. Die ehrgeizigen Reformziele seien gelähmt durch „gruppenhafte Binnenausschließungen“ und eine Intensivierung der Forschung sei nicht mehr möglich. Bielefeld unterscheide sich nach Schelskys Meinung nicht mehr von anderen Universitätsneugründungen. Schelsky begründet seinen Weggang mit der Autonomie die zur Gruppenherrschaft geworden sei. Die gruppenhaft institutionalisierten Formen in den Gremien bis hinauf zum Senat und Rektorat träten autoritär auf und setzten die Rechte der Person herab, indem sie dieser die Rechte verweigern. Die Autonomie, die früher, ursprünglich, auf die Person bezogen war, hat sich in ihr Gegenteil verkehrt, äußert sich in majorisierter Rechtsverweigerung, emotional-egoistisch, so Schelsky. Zudem würden falsche Hochschulgesetze die Wissenschaft zerstören und raubten den Lehrenden und Lernenden die Freiheit. Die Hälfte der Arbeitskräfte sei der Organisation geschuldet und die Vorbedingungen für geistige Produktion fielen Schritt für Schritt weg.

Quelle: Westfalen-Blatt, 7.2.1974.

Ein Professor entzog sich der „majorisierten Rechtsbeugung“

Schelsky nahm Abschied von der „Reformuniversität Bielefeld“

Bielefeld. Die Versetzung von Bielefeld nach Münster empfindet Professor Dr. Helmut Schelsky „dankbar als geistige Befreiung“. Der Soziologe erklärte gestern in seiner Abschlussvorlesung über „Autonomie und Integrität der Person in der Rechtssoziologie“ vor Bielefelder Jurastudenten wörtlich: „Durch die Versetzung hat der Minister mir gegenüber die Existenzbedingungen eines Professors und Wissenschaftlers auf geistige, wissenschaftliche Autonomie wieder hergestellt, die für mich in der Fakultät für Soziologie in Bielefeld nicht mehr gegeben waren!“

Wie berichtet, hatte sich Schelsky im Herbst vergangenen Jahres persönlich bei dem nordrhein-westfälischen Wissenschaftsminister um seine Versetzung aus der Soziologischen Fakultät bemüht. Daraufhin wurde die Verlagerung einer H4-Stelle von Bielefeld nach Münster verfügt. Dem Versetzungsgesuch waren interne Auseinandersetzungen in der Fakultät für Soziologie vorausgegangen.

Schelsky würzte die letzte Vorlesung mit seinem eigenen „Fall“ unter rechtssoziologischen Aspekten. Er nannte die zur Gruppensherrschaft umfunktionierte „Autonomie“ der Gruppenuniversität den „grundsätzlichen, prinzipiellen Grund“ für sein Ausscheiden aus der Universität Bielefeld. „Diese sogenannte ‚Autonomiepraxis‘ der Soziologischen Fakultät, der ich angehörte, ist geradezu ein Musterbeispiel der Umfunktionierung von Personal-Autonomie und -Integrität des wissenschaftlichen Individuums zur majoritätsbeherrschten und zugleich rechtlosen Reduzierung der Person zum bloßen gruppenhaften Rollenverhalten“, erklärte der prominente Soziologieprofessor in bestem Soziologendeutsch.

Helmut Schelsky zeichnete auch gleich die praktische Strategie dieser Herrschaftsform auf: Vernichtung der Individual-Autonomie durch psychischen Druck oder durch majorisierte Rechtsverweigerung. Während er selbst weniger unter „psychischem Druck“ zu leiden gehabt habe, gab Schelsky aber für seinen „Fall“ gleich vier Beispiele der Rechtsverweigerung:

- Keine Liste über seine Teilnahme (oder Nichtteilnahme) an den Fakultätskonferenzen;
- Die ihm erteilte „Rüge“ war

kein Tagesordnungspunkt, sondern „emotionelle Spontanaktion“;

- Keine Bekanntgabe durch den Dekan, dem Schelsky 14 Tage vorher die Begründung für sein Fernbleiben geschrieben hat;
- Der Antrag Schelskys, ihn vorher zu hören, wurde „majoritär abgelehnt“;
- Der Antrag, keine „Rüge“, sondern ein Bedauern auszusprechen, wurde ebenfalls abgelehnt.

Nach Angaben von Professor Schelsky ist diese Rechtsmißachtung der personalen Rechte des einzelnen in der Fakultät kein Einzelfall. „Auch anderen gegenüber gibt es ähnlich majorisierte Rechtsbeugungen“, behauptet der



Helmut Schelsky: „Objekt der Aggression“ in der Soziologischen Fakultät. Foto: NW

Ordinarius und nannte sogar Rektorat und Senat „Beispiele dieser gruppeninteressenhaften Majorisierungsgremien“.

Die so befreite universitäre Selbstverwaltung verstehe sich als staatsfreie Kollektiv-Autonomie, die auch bei seiner Versetzung „nur empörende Aufschreie der verletzten Gruppenautonomie, aber nicht die Spur von selbstkritischer Rückfrage nach den Gründen“ von sich gegeben habe. Schelsky wörtlich: „Der Wissenschaftsminister hat mit meiner Versetzung das Prinzip wissenschaftlicher Autonomie besser gewahrt als die dagegen protestierende Fakultät!“

Zu seiner weiteren Klarstellung führte der Soziologieprofessor aus, daß der Minister als übergeordnete Instanz eintreten müsse, wenn die Selbstverwaltung der Universität versage, um die produktive Autonomie des einzelnen Gelehrten zu sichern. Denn in der heutigen „Zunft- oder Gruppenuniversität“ verliere man eine Vorbedingung der geistigen Produktivität nach der anderen, gegen die man sich sonst nur mit jahrelang hinschleppenden Disziplinar-, Verwaltungs- oder Gerichtsprozessen wehren könne. Schelsky stellt in diesem Zusammenhang eine „Produktivitätsverringerung“ für den einzelnen Universitätsangehörigen fest und meinte im übrigen, daß er für seine Bielefelder Fakultät „als wandelnder Vorwurf zum Objekt der Aggression“ geworden sei:

Daß er aus Bielefeld zwar mit „einer gewissen Erleichterung“ scheidet, betonte Professor Schelsky wiederholt ausdrücklich. Dennoch sprach er in einer „persönlichen Schlußbemerkung“ auch von den positiven Seiten seiner fast neunjährigen Arbeit für und in der Universität Bielefeld, „die ich voll bejahe und die ich nicht missen möchte“. Schelsky: „Nicht nur, weil einiges Erreichte unzerstörbar geworden ist, sondern vor allem, weil ich in den Jahren Freunde unter den Wissenschaftlern und außerhalb der Universität gewonnen habe, die ich nie in meinem Leben missen möchte!“

-ass.

Seine Versetzung nach Münster empfand Schelsky „dankbar als geistige Befreiung“. Die zur Gruppensherrschaft umfunktionierte Autonomie der Gruppenuniversität nennt Schelsky als grundsätzlichen, prinzipiellen Grund für sein Ausscheiden aus der Universität Bielefeld. „Diese sogenannte Autonomiepraxis der Soziologischen Fakultät, der ich angehörte, ist geradezu ein Musterbeispiel der Umfunktionierung von Personal-Autonomie und -Integrität des wissenschaftlichen Individuums zur majoritätsbeherrschten und zugleich rechtlosen Reduzierung der Person zum bloßen gruppenhaften Rollenverhalten.“ Helmut Schelsky verließ die Bielefelder Universität mit einer gewissen Erleichterung, sah aber auch positive Seiten seiner neunjährigen Arbeit für die Universität. Nicht nur weil einiges Erreichte unzerstörbar geworden sei, sondern auch aufgrund persönlicher Beziehungen, die er in diesen Jahren aufgebaut habe.